

Fraktion **direkt**

37 | 08. Mai 2015

Zur Lage

Uns liegt an der Sicherheit unserer Bürger Zusammenarbeit der Nachrichtendienste wichtig



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Erneut wird über die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst und der amerikanischen NSA diskutiert. Ähnlich wie zum Höhepunkt der Debatte über die Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden im Sommer 2013 hat sich wieder eine Spirale von Spekulationen, Verdächtigungen und Schuldzuweisungen entwickelt.

Es ist gut, dass Innenminister Thomas de Maizière in dieser Woche die Dinge geradegerückt hat. Man kann nur hoffen, dass sich damit die Diskussion um die Rolle des BND wieder versachlichen wird. Aus vielen Gesprächen mit Bürgern weiß ich, dass sie kein Verständnis dafür haben, in welcher Tonlage im Bundestag über die Nachrichtendienste und ihre Arbeit teilweise gesprochen wird.

Nachrichtendienste sind notwendig

Denn das wissen auch die Bürgerinnen und Bürger nur allzu gut: Wir brauchen die Nachrichtendienste. Wir benötigen auch eine internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Kein verantwortlich handelnder Politiker kann

ernsthaft die Nachrichtendienste schwächen wollen.

Wir leben in einer Zeit der Bedrohung unserer Sicherheit durch den islamistischen Terrorismus. Gerade erst konnte nur dank einer aufmerksamen Bürgerin in Hessen ein Terroranschlag verhindert werden, dessen Folgen gar nicht abzuschätzen gewesen wären. Es ist zu vermuten, dass die Beschuldigten zumindest in Kontakt mit Mitgliedern eines der großen internationalen Terrornetzwerke standen.

„Sicherheitsfragen eignen sich nicht zur Profilierung“

Die Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden einer Nation allein wären vor diesem Hintergrund gar nicht in der Lage, gegen diese Netzwerke vorzugehen. Aussicht auf Erfolg haben sie nur, wenn die Staaten und deren Sicherheitsbehörden, die sich den Werten der Freiheit verbunden fühlen, gemeinsam handeln. Dass dabei Recht und Gesetz einzuhalten sind ist selbstverständlich. Sollten Zweifel bestehen, dass dies immer der Fall war, muss ihnen nachgegangen werden.

In Fragen der inneren wie der äußeren Sicherheit müssen alle Mitglieder der Bundesregierung vertrauensvoll zusammenarbeiten. Gerade die Verteidigung unserer Freiheit gegen den internationalen Terrorismus ist kein Feld, das sich zur Schärfung des parteipolitischen Profils eignet. Zuerst kommen die Menschen und das Land, dann die Interessen von Parteien und Einzelpersonen.

Volker Kauder

Uns liegt an der Sicherheit unserer Bürger	1
Israel und Deutschland – ein einzigartiges Verhältnis	2
Arbeiten in der digitalen Welt	3
„Entscheidend ist die Qualität der Abschlüsse“	4
„Der Schutz von Mensch und Umwelt hat Priorität“	5
Vorwürfe gegen de Maizière haltlos	6
50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen – „ein Glücksfall“	7
Letzte Seite	8

Israel und Deutschland – ein einzigartiges Verhältnis



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Für die deutsch-israelischen Beziehungen ist das Jahr 2015 von besonderer Bedeutung. Vor 70 Jahren fand der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands sein Ende. Mehr als sechs Millionen Juden hatten die Nationalsozialisten 1945 brutal ermordet. Das jüdische Volk sollte ausgelöscht werden. Vor dem Hintergrund dieser schrecklichen Ausmaße des Zweiten Weltkrieges und dem unendlichen Leid, das die Nazis über das jüdische Volk gebracht haben, grenzt es fast an ein Wunder, dass nur 20 Jahre später, also 1965, die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel offiziell aufgenommen wurden.

Es war ein anstrengender Weg, den beide Staaten in ihrer Annäherung zurücklegen mussten. Das traumatisierte jüdische Volk war noch tief geprägt von der Unmenschlichkeit der Deutschen. Es brauchte, wie der Botschafter Israels in Deutschland, Yakov Hadas-Handelsman, am Dienstagabend bei der Jubiläumsveranstaltung der Fraktion zum 50-jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen sagte, Menschen mit Verantwortung, Mut und Visionen. Zu diesen entscheidenden Menschen zählten Konrad Adenauer und David Ben-Gurion, die bei ihrem Zusammentreffen 1960 in New York

den Grundstein für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen legten.

Der junge Staat Israel brauchte Unterstützung, um sich in seiner komplizierten geostrategischen Lage zu etablieren, seine Grenzen und sein Volk zu schützen. Und Deutschland konnte nach dem Zweiten Weltkrieg hier in besonderer Weise unter Beweis stellen, dass es sich von seiner Vergangenheit gelöst hatte. Aus dieser Annäherung ist in den vergangenen Jahrzehnten ein einzigartiges Verhältnis erwachsen. Und das zeigt sich nicht nur in der kleinen Anekdote, die Botschafter

Hadas-Handelsman erzählte. Als 1965 der erste deutsche Botschafter in Israel ankam, wurde er mit Tomaten beworfen. Die Menschen riefen „Nazi go home“. Als unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 Israel besuchte und mit ihrer Wagenkolonne durch Jerusalem fuhr, applaudierten selbst ultraorthodoxe Juden am Straßenrand.

Sicherlich hat Angela Merkel mit ihrer Rede 2008 in der Knesset das Vertrauen Israels in Deutschland zementiert. Sie betonte damals die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels und bezeichnete diese als Teil unserer Staatsräson.

Für viele Israelis hat Deutschland inzwischen seinen Schrecken verloren. Sie besuchen unser Land und fühlen sich wohl. Dennoch dürfen wir dieses besondere Verhältnis nicht als gegeben verstehen. Es gibt immer neue Herausforderungen im politischen Alltag. Dazu zählt, sich antisemitischen Tendenzen in Deutschland entschlossen entgegenzustellen. Wir Deutsche kennen unsere Vergangenheit und werden auch in unserem künftigen Handeln immer von diesem Bewusstsein geleitet sein. Für uns ist das Existenzrecht Israels unverhandelbar.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Arbeiten in der digitalen Welt

Unionsfraktion diskutiert mit Experten über die Folgen der Industrie 4.0 für Betriebe und Beschäftigte

Industrie 4.0 und Big Data: Mit diesen Schlagworten wird die Digitalisierung der Wirtschaft beschrieben. Dieser – wie viele meinen – größte Umbruch in der Produktion seit der industriellen Revolution hat aber auch Folgen für die Arbeitswelt. So fragen sich Betriebe und Beschäftigte beispielsweise: Wie sieht künftig der Arbeitsplatz aus? Welche Auswirkungen haben die Veränderungen auf Mitbestimmung und Arbeitsschutz? Darüber diskutierte die Unionsfraktion am Mittwoch in einem Fachgespräch mit Experten – die zweite Veranstaltung in der Reihe der Wirtschaftsgespräche.

Enormes Wachstumspotenzial

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Peter Weiß, sprach im Zusammenhang mit der Industrie 4.0 von einem „Übergang in die vierte Dimension“. Darin stecke enormes Wachstumspotenzial. Wie der Wandel aussehen kann, malte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön mit Beispielen aus: „Airbnb stellt die ganze Hotelbranche auf den Kopf. Uber schafft das gleiche im Bereich der Taxis!“ Internetplattformen würden innerhalb kürzester Zeit althergebrachte Konzepte vom Tisch fegen. „Es entstehen Plattformen, bei denen sich die Frage stellt: Wer ist der Player? Der Anbieter, der Produzent oder der Verkäufer der Plattform?“ Für dieses Problem gibt es laut Wolfgang Percy Ott, Head of Government Affairs Germany von Cisco Systems, nur eine Lösung: Die Unternehmen müssten ihre Produkte auf einer eigenen Website anbieten. „Wenn sie nicht selbst die Angebote vermarkten, dann macht das ein anderer. Dann wird man Zulieferer.“

Industrie 4.0 bedeute mehr als die Digitalisierung der Produktionsstrecke, erklärte Günther Schuh, Mitglied des Direktoriums des Werkzeugmaschinenlabors der Technischen Hoch-



Peter Weiß beim Fachkongress zur Digitalisierung der Arbeitswelt

Foto: Steven Rösler

schule in Aachen. Die Herausforderungen seien vielfältig: So würden die Wünsche der Kunden immer individueller, die Märkte immer volatiler und die Lebenszyklen der Produkte immer kürzer. Darauf müssten die Betriebe schnell und flexibel reagieren.

Pakt für digitale Bildung gefordert

„Die mittelständischen Betriebe müssen sich darauf einstellen“, stellte auch der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Axel Knoerig, fest. Damit Industrie 4.0 bei mittelständischen Unternehmen stattfinden könne, müsse die Politik klare Rahmenbedingungen setzen, vor allem beim Thema Datensicherheit.

„50 Prozent der heutigen Berufe werden in den nächsten 20 Jahren verschwinden“, sagte Knoerig. Stattdessen würden neue Berufsfelder entstehen – und damit neue Herausforderungen für das Bildungssystem und letztlich die Politik. Der CDU-Politiker forderte einen neuen Pakt für digitale Bildung. Auch der Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Arbeit und

Soziales, Karl Schiewerling, sieht die Politik hier gefordert.

Gewerkschaften müssen sich umstellen

Ott wies darauf hin, dass im Zuge des Wandels zur Industrie 4.0 Arbeitszeit und Arbeitsort erheblich flexibler werden. Das klassische Büro habe künftig ausgedient; vieles könne von zu Hause aus oder unterwegs erledigt werden. Dies bedeute für die Mitarbeiter ein größeres Maß an Selbstbestimmung – und eine bessere Work-Life-Balance, wie die Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Isabel Rothe, erklärte. Die Kehrseite der Medaille sei jedoch die ständige Erreichbarkeit.

Auch die Gewerkschaften müssten sich umstellen, meinte Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Die Digitalisierung in einem Friseurladen sähe beispielsweise anders aus als bei VW. Das mache es so schwer, einheitliche Regelungen zugunsten der Beschäftigten zu finden.

„Entscheidend ist die Qualität der Abschlüsse“

Michael Kretschmer über den Bologna-Prozess und die Vorreiterrolle Deutschlands



Foto: Laurence Chaperon

Michael Kretschmer
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1999 haben sich die Bildungsminister 29 europäischer Staaten in Bologna auf einen einheitlichen europäischen Bildungsraum geeinigt. Dafür sollten die Studiengänge harmonisiert und im Ausland erworbene Studienleistungen leichter anerkannt werden. Vor der Bologna-Folgekonferenz Mitte Mai in Jerewan veröffentlichte die Bundesregierung einen Fortschrittsbericht. Über diesen Fortschrittsbericht, den der Bundestag am Donnerstag debattierte, sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Michael Kretschmer.

Herr Kretschmer, wie weit ist Deutschland beim Bologna-Prozess gekommen?

Kretschmer: Deutschland ist Vorreiter bei der Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Die Umstellung auf die gestuften Studiengänge ist sehr weit fortgeschritten. So führten im Wintersemester 2014/2015 schon 88,2 Prozent aller Studiengänge zu den Bachelor- und Master-Abschlüssen – gegenüber 85 Prozent im Wintersemester 2010/2011. Insbesondere an

den Fachhochschulen ist die Umstellung so gut wie abgeschlossen.

Anfängliche Schwierigkeiten bei der Umstellung auf das Bachelor-Master-System wurden überwunden. Die deutsche Hochschullandschaft hat sich im Zuge der Bologna-Reform weiter ausdifferenziert. Diese Entwicklung ist aus meiner Sicht jedoch nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten: So beobachte ich an unseren Hochschulen mittlerweile eine kaum noch überschaubare Vielfalt von rund 17.800 Studiengängen, die teilweise „exotische“ Ausprägungen annimmt. Deshalb werden wir mittelfristig um eine Diskussion über die Zahl der Studiengänge nicht umhin kommen. Für mich ist dabei entscheidend, dass die Qualität der Studienabschlüsse – egal, ob Bachelor, Master, Staatsexamen oder Diplom – stimmt.

Die Wirtschaft hat den Bachelor-Abschluss lange skeptisch gesehen. Wie sind die Chancen der Bachelor-Studenten auf einen Arbeitsplatz?

Kretschmer: Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse hat nicht nur an den Hochschulen und Universitäten einen Kulturwandel nach sich gezogen, sondern auch bei den Unternehmen. Bachelor-Absolventen werden vom Arbeitsmarkt aufgenommen. Inzwischen entscheidet sich jeder zweite Bachelor-Absolvent einer Fachhochschule und jeder vierte einer Universität für einen direkten Berufseinstieg. Die hohe Akzeptanz des Bachelor-Abschlusses auf dem Arbeitsmarkt wird auch durch die niedrige Arbeitslosenquote von Bachelor-Absolventen belegt: Sie liegt bei FH-Absolventen bei drei Prozent, bei Uni-Absolventen bei zwei Prozent.

„Das Studiensemester im Ausland gehört heute einfach dazu“

Ein wichtiger Punkt im Bologna-System ist, die Mobilität der Studierenden zu erleichtern. Ist ein Studium im Ausland inzwischen gang und gäbe?

Kretschmer: Der Bologna-Prozess hat die Zahl deutscher Studierender, die es ins Ausland zieht, und die Anziehungskraft Deutschlands für ausländische Studierende erhöht. Zuletzt waren knapp 140.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, das sind fast dreimal mehr als zu Beginn der Bologna-Reform 1999. Die Auslandsmobilität deutscher Studierender liegt konstant bei einer Quote von rund 30 Prozent, wobei die absoluten Zahlen stetig steigen. Damit übertrifft Deutschland das gemeinsame europäische Mobilitätsziel von 20 Prozent. Diese Zahlen belegen, dass ein Semester „abroad“ heute einfach dazugehört.

Die Koalitionsfraktionen haben auch einen Antrag zur Internationalisierung der Hochschulen eingebracht. Auf welche Punkte dringt die CDU/CSU-Fraktion?

Kretschmer: Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich dafür ein, der Überspezialisierung von Studieninhalten und Studiengängen entgegenzuwirken. Außerdem wollen wir die gegenseitige Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen einfacher, verlässlicher und flexibler gestalten. Vorhandene Spielräume bei der Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen wollen wir im Sinne der Studierenden nutzen und somit die Mobilität der Studierenden insgesamt weiter verbessern.

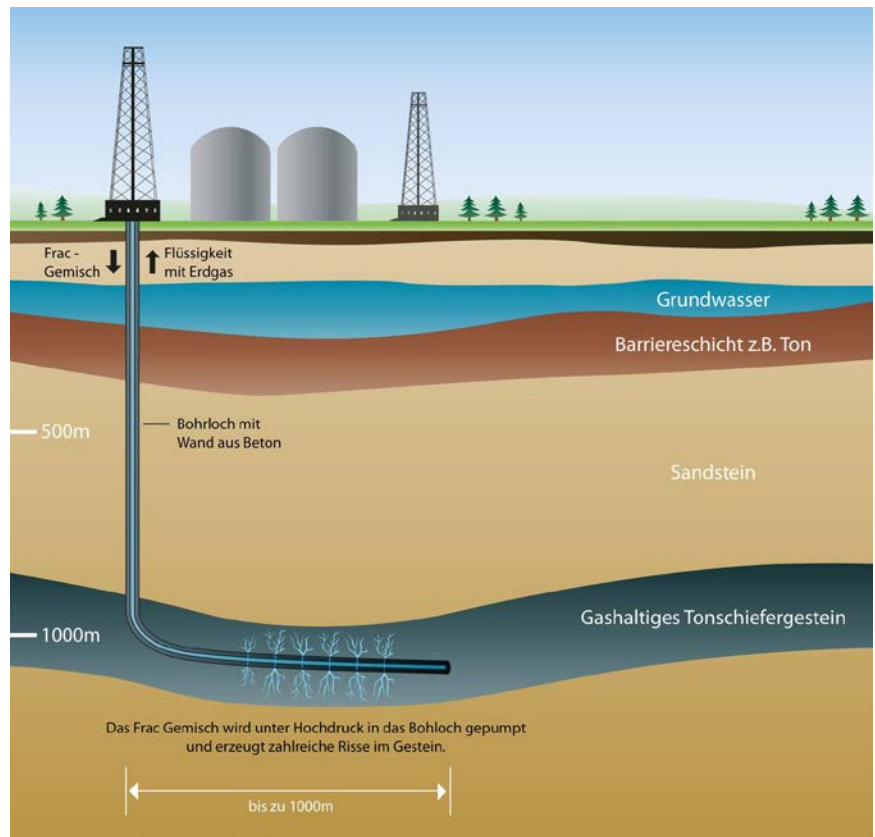
„Der Schutz von Mensch und Umwelt hat Priorität“

Bundestag debattiert Fracking-Verbot in erster Lesung

Das sogenannte unkonventionelle Fracking soll in Deutschland grundsätzlich verboten werden. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition, der das Aufbrechen tiefer, harter Gesteinsschichten oberhalb von 3.000 Metern Tiefe zur Förderung von Erdgas nur noch zu Forschungszwecken erlaubt. Auch für das seit Jahrzehnten angewandte sogenannte konventionelle Fracking aus sehr tiefen Sandsteinschichten soll es strenge Auflagen geben. „Für die Union hat der Schutz von Menschen, von Trinkwasser und der Umwelt oberste Priorität“, betonte Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein.

Daher sieht der Gesetzentwurf für einige Regionen sogar ein absolutes Fracking-Verbot vor. Dazu gehören Naturschutzgebiete, Nationalparks, Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete, Einzugsgebiete von Talsperren und natürlichen Seen, die der Wasserversorgung dienen. „Wir verbieten das, weil wir keine Erfahrungen haben, weil es Risiken gibt“, sagte Nüßlein.

Probebohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken sollen aber möglich sein. Ihre Ergebnisse soll ab 2018 eine unabhängige Expertenkommission auswerten. Sollte ein positives Votum erfolgen, könnten erst danach kommerzielle Fracking-Projekte beantragt werden. Nüßlein sagte mit Blick auf die geplante Kommission, es sei



„sinnvoll, sich eine wissenschaftliche Expertise zu holen“. In dieser Expertenkommission sollen das Umweltbundesamt sowie die Wasserbehörden vertreten sein, ergänzte der Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer.

Pfeiffer rief ins Bewusstsein, dass Fracking in den USA eine Revolution ausgelöst hat: „Die USA sind vom

größten Energieimporteur zum Selbstversorger und jetzt zum Energieexporteur geworden.“ Der CDU-Politiker kritisierte, dass Deutschland seine Potenziale nicht nutze. „Anfang der 90er Jahre stammte ein Viertel unseres Gasbedarfs aus heimischer Förderung. Heute sind es nur noch zehn Prozent.“

„Wir nehmen die Ängste der Bürger ernst“

Fracking

„Fracking“ steht für Hydraulic Fracturing (hydraulische Erzeugung von Rissen im Gestein). Mit dieser Methode kann man Gas- und Ölvorkommen fördern, die in Gesteinsschichten gebunden sind. Um das Gestein aufzubrechen, wird ein Gemisch aus circa 94,5 Prozent Wasser, fünf Prozent Sand und etwa 0,5 Prozent chemischer Zusätze unter Hochdruck in das Gestein gepresst.

Wegen des Einsatzes von Chemikalien – etwa Kaliumchlorid, Isopropanol oder Zitronensäure – fürchten Umweltschützer eine Verunreinigung des Grundwassers. Die Chemikalien werden benötigt, um die Anlagen vor Korrosion zu schützen und Bakterien abzutöten. Sie dienen außerdem als Schmier- und Verflüssigungsmittel. Inzwischen werden aber bereits Verfahren ohne Chemikalien getestet. Und verunreinigtes Wasser wird aus dem Gestein abgepumpt und geklärt.

„Wir nehmen die Ängste und Bedenken der Bürger ernst“, versicherte Pfeiffer. Denn gegenüber der bisherigen Rechtslage verschärfe man die Anforderungen. Den Vorwurf, mit dem neuen Gesetz entstehe Rechtsunsicherheit, wies er zurück. Der CDU-Haushälter Andreas Matfeldt, ein erklärter Gegner des Frackings, forderte, dass auch im konventionellen Bereich eine stärkere Bürgerinformation stattfindet.

Vorwürfe gegen de Maizière haltlos

Aktuelle Stunde zur Zusammenarbeit von BND und NSA – Auch kein Beleg für den Vorwurf der Wirtschaftsspionage

Die Vorwürfe gegen Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Zusammenhang mit der Kooperation von BND und NSA haben sich als unbegründet erwiesen. Nach einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums am Mittwoch sagte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer, im Bundestagsplenum, die Vorwürfe gegen de Maizière hätten sich als haltlos herausgestellt. Auch die Mutmaßung, der amerikanische NSA hätte mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes in Europa Wirtschaftsspionage betrieben, habe sich „in Luft aufgelöst“.

In der aktuellen Stunde des Bundestages ging es darum zu klären, ob der BND die NSA rechtswidrig und über die 2002 vereinbarte Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung hinaus unterstützt hat. Dabei spielte auch das Verhalten de Maizières eine Rolle, der von 2005 bis 2009 als Chef des Bundeskanzleramtes für die Kontrolle des Auslandsgeheimdienstes zuständig war. De Maizière hatte am Mittwochnachmittag dem Parlamentarischen Kontrollgremium, das geheim tagt, Rede und Antwort gestanden.

Mayer sagte im Plenum, die „bodenlosen Unterstellungen“ gegen de Maizière seien restlos aufgeklärt. Einzelheiten nannte er unter Verweis auf seine Geheimhaltungspflicht nicht. Dass aber die Opposition gegen den Innenminister Anschuldigungen vorgebracht habe, ohne seine Stellungnahme abzuwarten, sei ein Beispiel dafür, wie hier Schindluder getrieben worden sei. Auch der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Clemens Binninger, sagte, die Vorwürfe gegen de Maizière seien nicht länger haltbar.

Ebenso wenig habe es für den Vorwurf der Wirtschaftsspionage in den Unterlagen, die das Gremium zu sehen bekam, Hinweise gegeben, betuerten Mayer und Binninger. In keinem

der Vermerke sei auch nur eine einzige Firma genannt worden.

„Deutschland ist keine Insel der Glückseligen“

Binninger wies ausdrücklich darauf hin, dass eine Zusammenarbeit der Nachrichtendienste von Deutschland und den USA im Rahmen der Rechtslage erfolgen darf. Eine entsprechen-

der vereitelte Anschlag auf das Radrennen rund um Frankfurt Anfang Mai erneut gezeigt.

Kontrolle optimieren

Gleichwohl sprachen sich die Politiker der Unionsfraktion dafür aus, die gesetzlichen Grundlagen für die Dienste und ihre parlamentarische Kontrolle zu optimieren. „Überall dort, wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Doch bei uns gibt es eine Kontrolle“, sagte Strobl. An die Aufklärung von Missständen müsse man „unvoreingenommen herangehen“, forderte auch die



Foto: picture alliance / dpa

de Vereinbarung war ein Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zwischen den USA und Deutschland geschlossen worden. Angesichts der Bedrohungslage, der sich Europa heute gegenüber sieht, würde man der Sicherheit der Bürger schaden, wenn man auf diese Zusammenarbeit verzichte, betonte Binninger. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Thomas Strobl, sagte, die enge Zusammenarbeit mit den Amerikanern habe ihre Berechtigung, denn: „Wir leben in Deutschland nicht auf einer Insel der Glückseligen.“ Dies

Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss, Nina Warken. Der Opposition warf sie Effekthascherei vor, wenn sie Konsequenzen fordere, bevor die Sachaufklärung geleistet sei.

Der Parlamentarische Geschäftsführer Manfred Grund warnte die Opposition davor, Misstrauen zu kultivieren und die Nachrichtendienste zu diskreditieren. Ihr Kernauftrag sei der Schutz der Bürger. Auch Grund resümierte: „Weder ‚Landesverrat‘ noch ‚Mithilfe bei Wirtschaftsspionage‘ hat stattgefunden. Es gibt keinen Skandal.“

50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen – „ein Glücksfall“

Jubiläumsveranstaltung der Unionsfraktion



Foto: Steven Rösler

Podiumsdiskussion während der Jubiläumsveranstaltung

50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen: ein Jubiläum ganz besonderer Art. Nur 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, 20 Jahre nach dem Holocaust hatte Israel die Größe, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. „Es war ein unglaublicher Glücksfall, dass Israel, dass die Juden damals bereit waren, die Hand auszustrecken, die wir annehmen konnten“, sagte Fraktionschef Volker Kauder bei der Jubiläumsveranstaltung der CDU/CSU aus Anlass dieses Jahrestages. Bei der Veranstaltung am Dienstag im Reichstagsgebäude ging es aber nicht nur um eine Bilanz der Beziehungen, sondern vor allem darum, den Blick in die Zukunft zu richten.

„Deutschland und Israel haben gemeinsam einen weiten Weg zurückgelegt“, sagte der israelische Botschafter in Deutschland, Yakov Hadas-Handelsman. Er nannte die Beziehungen, die weit über die politische Ebene hinausreichten, einzigartig. Besonders hob er den Jugendaustausch hervor, die vielen persönlichen Freundschaften, die daraus entstanden seien. Man habe viel erreicht, aber das Potenzial sei noch lange nicht erschöpft.

Den Weg für die förmliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 hatten seit den frühen fünfziger Jahren Bundeskanzler

Konrad Adenauer und Premierminister David Ben-Gurion geebnet. Gleichwohl waren die Anfänge schwierig. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung wies darauf hin, dass die Menschen in Israel damals verständlicherweise viele Vorbehalte gegen eine Annäherung gehabt hätten. Fraktionsvize Gitta Connemann sprach von einem Wunder. Den Jahrestag würdigte die Koalition auch mit einem gemeinsamen Antrag, der am Donnerstag im Bundestag beraten wurde.

Merkels Rede vor der Knesset – ein Meilenstein

Als einen Meilenstein in der Geschichte der bilateralen Beziehungen sahen alle Teilnehmer der Veranstaltung die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset im Jahre 2008. Die Kanzlerin hatte damals das Existenzrecht Israels als „Teil der Staatsräson“ Deutschlands bezeichnet. Fraktionschef Kauder verwies auf die unmittelbare politische Bedeutung dieses Bekenntnisses – etwa in den laufenden Atomverhandlungen mit dem Iran. Deutschland trage auch hier eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels, das – nicht zu vergessen – die einzige Demokratie im Nahen Osten sei.

Heute verbindet Deutschland und Israel ein dichtes Netz politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen. Seit 2008 finden jährliche Regierungskonsultationen statt, zu denen die Kabinette beider Länder zusammenkommen. Gleichwohl sieht der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, „viel Potenzial“ für eine Vertiefung.

Juden müssen sich in Deutschland sicher fühlen

Kauder wies auf neue Herausforderungen hin, etwa durch Übergriffe und verbale Ausfälle gegen Juden in Deutschland. Antisemitismus – von welcher Seite auch immer er komme – könne man nicht dulden. Es sei eine „unerträgliche Situation, dass Juden sagen, sie können sich nicht mehr in allen Teilen Deutschlands frei und sicher bewegen“, sagte der Fraktionsvorsitzende. „Der Satz ‚Juden raus‘ darf in diesem Land nicht fallen“, betonte er.

Alle Redner zeigten sich dankbar, dass sich 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder ein ganz normales jüdisches Leben in Deutschland entwickelt habe. Dazu veranstaltet die Fraktion am 20. Mai einen Kongress mit dem Titel „Jüdisches Leben in Deutschland – Ist es gefährdet?“

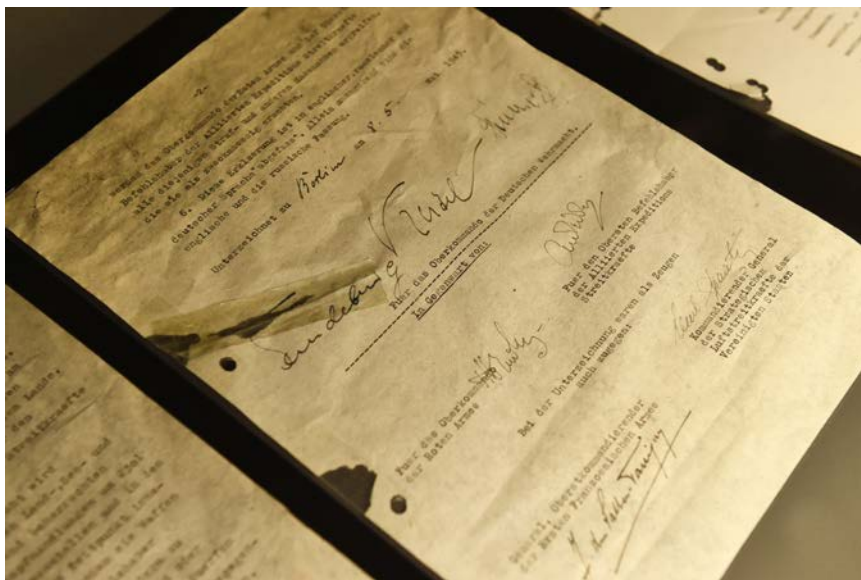
Gedenken an den 8. Mai 1945

Bundestag würdigt 70. Jahrestag der Befreiung

Am 8. Mai 1945 ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Der 8. Mai, der Tag der bedingungslosen Kapitulation der nationalsozialistischen Diktatur, war für Deutschland Niederlage und Befreiung zugleich, die „Stunde Null“ in seiner Geschichte. Am Freitag gedachte der Bundestag mit einer ökumenischen Andacht und einer Gedenkstunde der Ereignisse vor 70 Jahren. Die Gedenkrede hielt der Historiker Heinrich August Winkler.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten die Menschen in Deutschland mit gemischten Gefühlen. So empfanden sie Erleichterung, dass dieser furchtbare Bombenkrieg mit all den Zerstörungen, die er hinterließ, endlich zu Ende war. Doch die bedingungslose Kapitulation bedeutete für viele – etwa die Soldaten in Gefangenschaft, die Flüchtlinge und Vertriebenen – ein hartes Schicksal. In der Übergangsphase zur Bundesrepublik hörte Deutschland auf als politische Einheit zu existieren. Das verbliebene Staatsgebiet wurde von den Besatzungsmächten in vier Zonen aufgeteilt. Zwischen den drei Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone zog sich schon frühzeitig ein politischer Graben.

In der Bundesrepublik beschäftigte man sich zunächst mit den Ursachen des Zweiten Weltkriegs und den Verantwortlichen für die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933. Der Massenmord an den europäischen Juden erlangte erst in den 1960er Jahren öffentliche Aufmerksamkeit. Nun wurde auch nach den Mitläufern und Mitwissern gefragt. Mit der Ausstrahlung der amerikani-



Das deutschsprachige Exemplar der Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945

Foto: picture alliance / ZB

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducsu.de/veranstaltungen

- 12./13. Mai 2015 Europakonferenz
- 20. Mai 2015 Kongress Jüdisches Leben in Deutschland
- 8. Juni 2015 Kongress Breitbandausbau
- 10. Juni 2015 Kongress Russland und die Ukraine

sehen Fernsehserie „Holocaust“ Ende 1979 brannten sich die Bilder der nationalsozialistischen Verbrechen in das Gedächtnis der Menschen ein.

Am 8. Mai 1985, 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, sprach sich der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker für eine Neubewertung der historischen Ereignisse aus: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“, sagte er im Bundestag. „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Von Weizsäcker sprach nicht von der „Stunde Null“, sondern von der Chance zu einem Neubeginn, den die Deutschen genutzt hätten, so gut sie konnten: „An die Stelle der Unfreiheit ha-

ben wir die demokratische Freiheit gesetzt.“ Gleichzeitig erinnerte er an das Leid, das für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begann.

Mit Winkler sprach erstmals ein Geschichtswissenschaftler zum Jahrestag vor dem Bundestag – und nicht ein Politiker wie bislang üblich. Der 76-jährige gebürtige Ostpreuße lehrte bis 2007 Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Öffentlichkeit wurde er vor allem durch seine Werke „Der lange Weg nach Westen“ und „Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte“ bekannt. Zuletzt veröffentlichte er die vierbändige „Geschichte des Westens“.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu